conflict & communication online, Vol. 1, No. 1, 2002
www.cco.regener-online.de
ISSN 1618-0747

*Anton Pelinka (Innsbruck)*

# Die FPÖ im internationalen Vergleich
# Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus

*Abstract*: The Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ – Austrian Freedom Party) stands out in the European context because it is the most successful of the parties referred to by the term "right-wing populism." This contribution attempts to explain the electoral successes of the FPÖ in terms of the framing conditions of the Austrian political system and Austrian society.
The Austrian political system, which has been termed "hyper-stable", has undergone significant changes in the last twenty to twenty-five years. The FPÖ's successes are a secondary phenomenon of these changes – neither their cause, nor their trigger. This becomes even clearer when changes in Austria's society and political culture are drawn into the analysis: First, loyalty within the political-ideological camp began to dissolve – and only then did the FPÖ make its rise from a small party struggling for respectability to a protest party flaunting its outsider role.
The particularity of the FPÖ, which was reflected as well by the European reaction to its participation in Austrian government since February 2000, also has to be explained in terms of the prehistory of the Second Republic in general and of the Freedom party in particular. The connection between the development of Austrian identity from a transnational to a German-national to a specifically Austrian national identity is also reflected in this. The cleavages finding expression in this development are explicit in the contradictory nature of the FPÖ: In its German-national roots the FPÖ embodies the rejection of the convergence of state and nation; in its "populist" orientation the party is, however, nationalistically Austrian.
The FPÖ is, finally, also to be understood in terms of its constituency's social structure. The party articulates above all the interests of the losers in modernization. It is "postmodern" insofar as it appeals to people affected by the modernization of politics and society who are deprived of traditional political ties by modernization – and take up a defensive position against the consequences of modernization. This development is directly related to the proletarianization of a party historically classed as "bourgeois." And this situation also explains the party's anti-European, anti-internationalist rhetoric, which is directed against "foreigners" and the "foreign."

*Kurzfassung*: Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) fällt im europäischen Kontext deshalb auf, weil sie die erfolgreichste der Parteien ist, die mit dem Begriff „Rechtspopulismus" bezeichnet werden. Der Beitrag versucht, die Erfolge der FPÖ bei Wahlen aus den Rahmenbedingungen des österreichischen politischen Systems und der österreichischen Gesellschaft zu erklären.
Das als „hyperstabil" bezeichnete politische System Österreichs hat in den letzten 20 bis 25 Jahren signifikante Veränderungen durchgemacht. Die Erfolge der FPÖ sind eine Begleiterscheinung dieser Veränderungen – weder deren Ursache, noch deren Auslöser. Dies wird umso deutlicher, wenn die Veränderungen der österreichischen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur in die Analyse einbezogen werden: Zuerst begann sich die Loyalität innerhalb der politisch-weltanschaulichen Lager aufzulösen – und dann erst begann der Aufstieg der FPÖ von einer kleinen, um Respektabilität bemühten Partei zu einer ihre Außenseiterrolle betonenden Protestpartei.
Die Besonderheit der FPÖ, die sich auch in der europäischen Reaktion auf ihre Regierungsbeteiligung seit dem Februar 2000 äußerte, muss auch aus der Vorgeschichte der Zweiten Republik allgemein und der Freiheitlichen Partei im besonderen erklärt werden. Darin spiegelt sich auch der Zusammenhang zwischen der Entwicklung österreichischer Identität von einer transnationalen über eine deutschnationale zu einer spezifisch österreichischen nationalen Identität. Die in dieser Entwicklung zum Ausdruck kommenden Brüche werden in der Widersprüchlichkeit der FPÖ zugespitzt verdeutlicht: In ihren deutschnationalen Wurzeln verkörpert die FPÖ die Absage an die Konvergenz von Staat und Nation; in ihrer „populistischen" Orientierung ist die Partei aber österreichisch-patriotisch.
Die FPÖ ist schließlich auch in der sozialen Struktur ihrer Wählerschaft zu begreifen: Die Partei artikuliert vor allem die Interessen der Modernisierungsverlierer. Die Partei ist insofern „postmodern", als sie die von der Modernisierung von Politik und Gesellschaft bewegten Menschen anspricht, die von der Modernisierung aus traditionellen politischen Bindungen freigesetzt werden – und sich gegen die Folgen der Modernisierung zur Wehr setzen. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit der Proletarisierung einer historisch als „bürgerlich" eingestuften Partei. Und dieser Umstand erklärt auch die anti-europäische, anti-internationale Rhetorik der Partei, die sich gegen „Fremde" und „Fremdes" wendet.

© 2002 by verlag irena regener berlin

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist – im Kontext der Europäischen Union – eine besonders erfolgreiche Außenseiterpartei:

- Sie ist Außenseiterpartei. Die FPÖ gehört keiner Fraktion im Europäischen Parlament an, sie kann keiner der traditionellen „Parteifamilien" Europas zugezählt werden. Ihre relativ kurze Mitgliedschaft in der Liberalen Weltunion wurde wegen der als rechtsextrem eingestuften Tendenzen der FPÖ beendet – die FPÖ kam durch einen Austritt einem Ausschluss zuvor. Als Österreich 1995 Mitglied der EU wurde, waren daher die Parlamentarier der FPÖ nicht Mitglieder in der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments.
- Sie ist besonders erfolgreich. Die FPÖ erhielt am 3. Oktober 1999 bei der Wahl des österreichischen Nationalrates 26,9 Prozent der Stimmen. Das Ergebnis stellte nicht nur den größten Erfolg in der Geschichte der Partei dar – die FPÖ hatte, um einige hundert Stimmen, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) vom zweiten Platz verdrängt und war hinter der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) zur zweitstärksten Partei geworden. Keine andere Partei in einem Mitgliedsstaat der EU, die im Sinne der obigen Definition als „Außenseiterpartei" zu verstehen ist, kann auf einen solchen Erfolg verweisen.

Der Wahlerfolg der FPÖ wurde durch die Regierungsbeteiligung noch überstrahlt: Seit dem 4. Februar 2000 ist sie Regierungspartei, mit der ÖVP in einer Koalition verbunden. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ war die Ursache des bilateralen Boykotts, den die Regierungen der 14 anderen EU-Mitglieder gegen die österreichische Bundesregierung beschlossen – ein Boykott, der nach der Erstellung eines „Weisen-Berichtes" im September 2000 wieder aufgehoben wurde. Der Bericht hatte die Maßnahmen der EU 14 angesichts der „Natur" der FPÖ für gerechtfertigt gehalten, kam aber zum Ergebnis, dass eine Fortsetzung des Boykotts „kontraproduktiv" wäre. (Kopeinig, Kotanko 2000)

Die Erfolge der FPÖ und die ungewöhnliche Reaktion der EU 14 haben die Frage nach den Besonderheiten der Freiheitlichen Partei und nach den Ursachen für ihren Aufstieg provoziert. Die Frage konzentriert sich auf die „Natur" der FPÖ – und auf die „Natur" des österreichischen politischen Systems: Ist die FPÖ spezifisch „anders" als die europäische Norm, oder ist die Erfolgsserie der FPÖ nicht Ausdruck einer spezifischen Abweichung Österreichs von der europäischen Norm?

Der Begriff „europäische Norm" ist in diesem Zusammenhang nicht inhaltlich, sondern formal zu verstehen – als Übereinstimmung mit den Durchschnittswerten und durchschnittlichen Verhaltensmustern (west)europäischer politischer Systeme. In diesem Sinne ist eine Abweichung von der „europäischen Norm" weder a priori negativ, noch a priori positiv bewertet.

Im folgenden sollen Struktur und Funktion der FPÖ vor dem Hintergrund des Wandels des österreichischen politischen Systems und der österreichischen Gesellschaft beschrieben und analysiert werden. Dabei ist dem Wandel österreichischer Identität ein besonderes Augenmerk zuzuwenden: Die FPÖ, deren Wurzeln tief im deutschnationalen Lager Österreichs sind, akzeptierte zunehmend einen nach 1945 von den Freiheitlichen ursprünglich scharf kritisierten Österreich-Patriotismus, auf dessen Grundlage die FPÖ zu einer besonders EU-skeptischen Partei wurde.

Dass die FPÖ im Laufe ihrer Geschichte die Frage nach der österreichische Identität unterschiedlich beantwortete, reflektiert weniger den Wandel der Partei und mehr den Wandel der österreichischen Gesellschaft und die in dieser Gesellschaft dominanten Loyalitäten.

## 1. Die FPÖ als rechtspopulistische Partei

Für die FPÖ lassen sich die Merkmale beobachten, die in der politikwissenschaftlichen Literatur für den Typus einer rechtspopulistischen Partei festgestellt werden. (Betz 1994; Plasser, Ulram 2000; Crepaz, Betz 2000; Reinfeldt 2000)

Die Charakterisierung als rechtspopulistische Partei ergibt sich aus folgenden Merkmalen:

- Wahlmotive: Die FPÖ wurde seit 1990 in erheblichem Maße aus Motiven gewählt, die xenophobe Konnotationen zulassen. So wurde das Motiv „Ausländerfrage" 1990 von 7 Prozent der FPÖ-Wählenden als wahlentscheidend genannt, 1994 von 12 Prozent, 1995 von 12 Prozent und 1999 von 14 Prozent. (Plasser, Ulram 2000, 229 f.)
- Struktur der Wählerschaft: Die FPÖ machte im selben Zeitraum einen Wandel von einer überdurchschnittlich von einer „bürgerlichen" zu einer überproportional von einer „proletarischen" Wählerschaft präferierten Partei durch. (Plasser, Ulram 2000, 231 f.)
- Ideologische Selbst- und Fremdzuschreibung: Die FPÖ wurde und wird als eine „rechte" Partei auf der Links-Rechts-Achse eingeordnet. Im Rahmen der von Plasser und Ulram entwickelten „gesellschaftspolitischen Typologie" wird die FPÖ weit überproportional von „systemverdrossenen Rechten" präferiert. (Plasser, Ulram 2000, 235 – 237)

© 2002 by verlag irena regener berlin

Diese Merkmale verbinden die FPÖ mit den anderen rechtspopulistischen Parteien. (Betz 1994) Von diesen unterscheidet sich die FPÖ vor allem durch zwei weitere Merkmale: Sie ist eine im österreichischen Parteiensystem traditionell verankerte Partei – und nicht eine neue, etwa in den 80er Jahren sich erst entwickelnde Protestpartei; und sie ist unter den rechtspopulistischen Parteien Europas die erfolgreichste (s.u.).

Die FPÖ ist die rechtspopulistische Partei, die – im Kontext der EU um die Wende zum 21.Jahrhunderts – die größten Erfolge aufzuweisen hat. Sie hat den höchsten Stimmenanteil unter all den als „rechtspopulistisch" einzuordnenden Parteien Europas. Und sie regiert, seit Februar 2000, als gleichberechtigter und gleich starker Partner in einer Koalition mit der zur konservativ-christdemokratischen Parteifamilie zählenden ÖVP (Österreichische Volkspartei).

Wie kann dieser Erfolg der FPÖ, der über den anderer rechtspopulistischer Parteien Europas weit hinausgeht, erklärt werden?

Dafür bietet sich als Erklärungsansatz an, die Rahmenbedingungen im österreichischen politischen System und in der österreichischen Gesellschaft heranzuziehen. Denn die FPÖ ist einerseits eine aus der Geschichte Österreichs, speziell seiner Geschichte nach 1918, erklärbare Partei – sie steht in Kontinuität zum „deutschnationalen Lager" (Wandruszka 1954; Pelinka 1998); andererseits hat diese traditionsreiche Partei in den 80er Jahren sich erfolgreich zur Trägerin eines breiten („populistischen") Protestes gegen den Status quo gemacht. Die FPÖ war (und ist) zugleich eine „insider"-Partei und eine „outsider"-Partei:

- Als „insider"-Partei repräsentiert sie, gemeinsam mit SPÖ und ÖVP, ein auffallend kontinuierliches Parteiensystem, das sich von der Schlussphase der Monarchie über die Erste bis hin in die ersten Jahrzehnte der Zweite Republik nur wenig entwickelt hat: Zwei große „Lager" (das sozialistische und das katholisch-konservative) und ihre Parteien (SPÖ und ÖVP) hatten in mehr als einem Jahrhundert mit einem dritten, kleineren Lager koexistiert, kooperiert und konkurriert – eben dem deutschnationalen Lager. Diese Kontinuität ist sowohl im personellen Bereich, als auch im organisatorischen Bereich nachzuvollziehen: Der VDU, die 1949 gegründete Vorläuferpartei der FPÖ, und die 1956 gegründete FPÖ wurde von Personen getragen, die aus dem deutschnationalen Lager und seiner Organisationsvielfalt (vor allem den „schlagenden" Studentenverbindungen) hervorgegangen waren. (Pelinka 1998, 30 – 33) In diesem Sinne war und ist die FPÖ eine Traditionspartei – oder, in ihrer eigenen Diktion, eine „Altpartei". (Haider, zit. in Czernin 2000, 109)
- Als „outsider"-Partei artikuliert sie, obwohl selbst „Altpartei", den Protest gegen die Dominanz der beiden (historisch größeren) „Altparteien". Als Partei des 1945 zunächst diskreditierten Deutschnationalismus hatte die FPÖ keinen direkten Anteil an der Stabilisierung des politischen Systems der Nachkriegszeit. Daraus resultierte – notgedrungen – eine Distanz zum politischen System der Zweiten Republik; eine Distanz, die der FPÖ zugute kam, als diese „Nachkriegsordnung" als Resultat eines gesellschaftlichen Wandels in Bewegung kam. Obwohl zwischen 1983 und 1986 Regierungspartei konnte die FPÖ ab 1986 einen Bonus als Partei der Außenseiter für sich gewinnen. Diese Einstufung als „outsider"-Partei deckt sich zwar nicht mit der auf die europäische Ebene bezogenen Außenseiter-Funktion, sie zeigt aber an, dass die FPÖ eine doppelte „outsider"-Rolle zu nutzen verstand – die des europäischen und die des österreichischen Außenseiters.

Beide auf Österreich bezogene Rollenzuschreibungen implizieren, dass die FPÖ im engen Zusammenhang mit dem politischen System und der politischen Kultur Österreichs gesehen wird: Als Partei, die in der österreichischen Gesellschaft traditionell verankert ist; und als Partei, die zur politischen Ordnung dieser Gesellschaft eine signifikante Distanz halten musste und halten konnte.

Die besondere Stellung der FPÖ im europäischen Kontext hängt mit der Wahrnehmung eines spezifischen Verhältnisses Österreichs generell und der FPÖ speziell zum Nationalsozialismus zusammen. Die FPÖ ist eben nicht nur – wie die Lega Nord oder der Front National – eine rechtspopulistische, auch nicht nur eine ungewöhnlich erfolgreiche rechtspopulistische Partei. Sie wird in der Kontinuität zum Nationalsozialismus wahrgenommen – eine Kontinuität, die eine personelle und eine programmatische Dimension hat:

- Die personelle Dimension äußert sich darin, dass fast das gesamte Führungspersonal der FPÖ in deren Frühgeschichte aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP bestand, dass daher die FPÖ als Partei von und für ehemalige Nationalsozialisten bezeichne werden konnte. (Pelinka 1983; Pelinka, Wodak 2001)
- Die programmatische Dimension kommt in den Wortmeldungen verschiedener Funktionäre der FPÖ zum Ausdruck – Wortmeldungen, die immer wieder dem nationalsozialistischen Geschichtsbild Konzessionen machen. (Czernin 2000, insbesondere 13 – 56)

Diese Kontinuitätsvermutung verweist erst recht auf die Rahmenbedingungen der Entwicklung Österreichs. Will man die FPÖ nicht aus der Partei selbst, sondern aus ihrem Umfeld heraus erklären, dann müssen die Voraussetzungen des Erfolges der FPÖ untersucht werden.

© 2002 by verlag irena regener berlin

## 2. Rahmenbedingungen des politischen Systems

Der Aufstieg der FPÖ ist im Zusammenhang mit den Besonderheiten des österreichischen politischen Systems zu sehen. Die FPÖ hat sich, ab 1986, von einer Kleinpartei zu einer großen Mittelpartei entwickelt – zu einem Zeitpunkt, als die spezifischen Merkmale österreichischer Politik nach 1945 sich bereits rückzuentwickeln begonnen haben. (Pelinka 1998, 15 – 36)

Zu diesen Merkmalen, die für die 1945 gegründete Zweite Republik wesentlich waren, gehörten insbesondere:

- Ein überstarker Parteienstaat. Die politischen Parteien – im wesentlichen SPÖ und ÖVP – erfüllten im Bereich ihrer Rekrutierungsfunktion Aufgaben, die weit über die für Parteien zentrale Funktionen hinausgingen. Rekrutiert wurde nicht nur das politische Führungspersonal für Parlamente und Regierungen, rekrutiert wurde von SPÖ und ÖVP auch das Führungspersonal für weite Bereiche der Wirtschaft (verstaatlichte Industrie, verstaatlichte Banken) und des Bildungssystems (Führungspositionen in den Schulen).
- Konkordanzdemokratie. Die Zweite Republik galt lange Zeit als ein Musterbeispiel für die politische Kultur der „Konkordanzdemokratie" („Consociational democracy"). Die politischen Eliten des sozialistischen und des katholisch-konservativen Lagers entwickelten ein System wechselseitiger Machtbeteiligungsgarantien, die – nach dem Prinzip „The winner does not take all" – den politischen Entscheidungsprozess gegenüber Wahlergebnissen und Mehrheitsbildungen möglichst immunisieren sollten. (Lijphart 1977)
- Hyperstabilität. Die politische Kultur der Konkordanzdemokratie implizierte eine ungewöhnliche Ein- und Ausschlusswirkung: Politische Entscheidungen wurden ausschliesslich und in grundsätzlicher Übereinstimmung von den politischen Eliten der beiden traditionellen Lager kontrolliert – ihren Parteien und der mit diesen verflochtenen Wirtschaftsverbänden. Das bedeutete eine grundsätzliches Defizit an Opposition und den Ausschluss aller dritten Kräfte vom eigentlichen Entscheidungsprozess.

Diese Merkmale hatten ihre Voraussetzungen, die in der Geschichte begründet waren: 1945 war in Österreich eine politische Vakuum-Situation, die von ÖVP und SPÖ – kurzfristig auch von der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) – zur Fixierung von Entscheidungsmustern genutzt wurde. Die FPÖ und das von ihr repräsentierte dritte der traditionellen Lager, das deutschnationale Lager, war durch die Diskreditierung dieses Lagers durch das NS-Regime, durch den Ausschluss der ehemaligen Mitglieder der NSDAP vom Wahlrecht bis 1949, an der Verteilung politischer Macht nicht beteiligt. (Wodak, Pelinka 2001)

Daraus erklärt sich auch die Distanz der FPÖ zu den Grundmustern der Zweiten Republik. Doch als diese Grundmuster ins Wanken gerieten, konnte die FPÖ ihre Distanz in einen Vorteil verwandeln. Die FPÖ war, weil von der Konkordanzdemokratie ausgeschlossen, plötzlich in der Lage, aus der Not des Ausschlusses eine Tugend zu machen.

Die Besonderheiten österreichischer Politik müssen vor dem Hintergrund des für jede Konkordanz- oder Proporzdemokratie entscheidenden Konflikts oder „cleavages" gesehen werden. Die Zweite Republik und die für sie spezifische politische Kultur war der Versuch, den Graben zu überbrücken, der im Bürgerkrieg von Februar 1934 seine besonders traumatisierende Ausprägung erfahren hat.(Lehmbruch 1967) Die Partner, die mit den Techniken wechselseitiger Beteiligungsgarantien Vertrauen aufbauten, waren nicht die Gegner der Jahre 1938 bis 1945 – es waren diejenigen, die am Ende der Ersten Republik gegeneinander Bürgerkrieg geführt hatten: das katholisch-konservative Lager, dessen Sieg auch die Voraussetzung für den autoritären Ständestaat der Jahre 1934 bis 1938 bildete, und das sozialistische Lager, das durch die Niederlage im Bürgerkrieg in die Illegalität gedrängt worden war. An dieser Konfliktkonfiguration war das deutschnationale Lager nicht direkt beteiligt gewesen – und es war daher auch nicht an den Mechanismen zur Überwindung dieses Konfliktes nicht beteiligt. Das deutschnationale Lager, dessen führende Repräsentanten 1945 fast durchwegs als ehemalige Nationalsozialisten politisch nicht handlungsfähig waren, wurde bei der Etablierung der Zweiten Republik und ihrer spezifischen politischen Kultur nicht berücksichtigt.

Für die Konkordanzdemokratie und für den Korporatismus nach 1945 war auch ein Faktor wesentlich, der als Zufallsfaktor anzusprechen ist: Die Verstaatlichung der wichtigsten Industriebetriebe, der großen Banken und der Energiewirtschaft. (Sandgruber 1995, 458 f.) Diese in Form von zwei Verstaatlichungsgesetzen 1946 und 1947 gesetzten Maßnahmen waren nicht Ausdruck sozialistischer Ideale sondern Folge eines ökonomischen Vakuums. Die bis 1945 unter „deutschem Eigentum" stehenden Betriebe waren herrenlos. Und da keine Privatinvestitionen unmittelbar nach dem Krieg zu erwarten waren, war die Verstaatlichung die einzige Alternative zur Übernahme der österreichischen Wirtschaft durch die Besatzungsmächte – das heißt im wesentlichen durch die Sowjetunion.

Die so erklärbare Verstaatlichung war aber für den Parteienstaat und den Korporatismus einen günstigen Rahmen: Die Parteien konnten ihre Rekrutierungsfunktion auf die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft erweitern, und der Faktor „Kapital" war im Beziehungsgeflecht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern relativ geschwächt – dadurch aber beson-

© 2002 by verlag irena regener berlin

ders motiviert, mit den im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) seit 1945 zentralistisch und monopolistisch organisierten Gewerkschaften eher den Kompromiss als den Konflikt zu suchen.

Der „Austro-Korporatismus" (Karlhofer/Tálos; Bischof/Pelinka/Karlhofer) war der auch im internationalen Vergleich besonders auffallende Aspekt der österreichischen Konkordanzdemokratie. Die verschiedenen Einrichtungen des „Sozialpartnerschaft" genannten korporatistischen Netzwerkes – die 1957 gegründete Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen, die in einem „Hauptverband" zusammengefassten Institute der Sozialversicherung und andere – bauten auf einer bipolaren Konflikt- und Beziehungssituation: Letztlich bestimmten zwei Akteure und ihre Kompromissfähigkeit; und diese waren die im ÖGB dominierende, mit der SPÖ verflochtene Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) und der in der Wirtschaftskammer ebenso dominante, mit der ÖVP verflochtene Österreichische Wirtschaftsbund (ÖWB). Die FPÖ war auf dieser Ebene von Anfang an kein auch nur irgendwie wahrnehmbarer Akteur – die Freiheitlichen waren zu schwach im ÖGB und in der Wirtschaftskammer vertreten.

Die Sozialpartnerschaft bestimmte weitgehend die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dadurch wurde die „Hyperstabilität" erreicht: Denn unabhängig davon, dass das Ende der „Großen Koalition" 1966 auf der Ebene des Parlamentarismus auch das Ende der Konkordanzdemokratie war – auf der Ebene des Korporatismus lebte die Konkordanzdemokratie auch zwischen 1966 und 1986 fort, als zunächst die SPÖ (bis 1970) und dann die ÖVP in parlamentarischer Opposition waren. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde weiterhin im Konsensweg gestaltet, ausgehandelt zwischen ÖGB und Wirtschaftskammer.

Der Aufstieg der FPÖ setzte 1986 ein – nicht als Antwort auf die Abweichungen von der europäischen Norm, sondern als Antwort auf die schrittweise Anpassung an die europäische Norm. Die FPÖ begann rasant zu wachsen, als 1986 die Parteienkonzentration sich rückentwickelte: Der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP erreichte 1975 seinen Höhepunkt. Der Aufschwung, den die FPÖ ab 1986 nahm, ist daher Teil des Aufbrechens der Parteienkonzentration – und nicht eine Antwort darauf.

| Nationalratswahl | Gemeinsamer Anteil | | Stimmenanteile von | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | SPÖ/ÖVP | VDU bzw. FPÖ | KPÖ | Grüne | andere |
| 1945 (1) | 94,4 | 0 | 5,4 | 0 | 0,2 |
| 1949 | 82,7 | 11,7 | 5,1 | 0 | 0,5 |
| 1953 | 83,4 | 10,9 | 5,3 | 0 | 0,4 |
| 1956 | 89,0 | 6,5 | 4,4 | 0 | 0,1 |
| 1959 | 89,0 | 7,7 | 3,3 | 0 | 0,0 |
| 1962 | 89,4 | 7,1 | 3,0 | 0 | 0,5 |
| 1966 | 90,9 | 5,4 | 0,4 | 0 | 3,3 (2) |
| 1970 | 93,1 | 5,5 | 0,9 | 0 | 0,3 |
| 1971 | 93,1 | 5,5 | 1,4 | 0 | 0,0 |
| 1975 | 93,1 | 5,4 | 1,2 | 0 | 0,0 |
| 1979 | 93,4 | 6,1 | 1,0 | 0 | 0,1 |
| 1983 | 92,9 | 5,0 | 0,7 | 3,3 (3) | 0,2 |
| 1986 | 84,4 | 9,7 | 0,7 | 4,8 | 0,3 |
| 1990 | 74,9 | 16,6 | 0,6 | 4,8 | 3,3 (4) |
| 1994 | 62,6 | 22,5 | 0,3 | 7,3 | 6,5 (5) |
| 1995 | 66,4 | 21,9 | 0,3 | 4,8 | 7,4 (6) |
| 1999 | 60,1 | 26,9 | 0,5 | 7,4 | 5,2 (7) |

(1) Bei der Nationalratswahl 1945 waren ca. 500.000 Österreicherinnen und Österreicher (etwa 15 Prozent der Wahlberechtigten) wegen der Zugehörigkeit zur NSDAP vom Wahlrecht ausgeschlossen.
(2) Vor allem für die DFP (Demokratisch-Fortschrittliche Partei) des früheren SPÖ-Innenministers Franz Olah.
(3) Gemeinsamer Stimmenanteil aus VGÖ (Vereinte Grüne Österreichs), 1,9%, und ALÖ (Alternative Liste Österreichs), 1,4 %.
(4) Vor allem für die VGÖ, 2,0 %.
(5) Vor allem für das LIF (Liberales Forum) der früheren FPÖ-Politikerin Heide Schmidt: 6,0 %.
(6) Vor allem für das LIF: 5,5 %.
(7) Vor allem für das LIF: 3,7 %.

*Tabelle 1*: Entwicklung der Parteienkonzentration. *Quelle:* zusammengestellt nach Plasser, Ulram, Sommer 2000, 428 f.

Ähnliches gilt auch für die Entwicklung der Organisationsdichte der Parteien. Der extreme, die europäische Norm sprengende Organisationsgrad von SPÖ und ÖVP fing ab 1980 an, abzunehmen. Die ab 1986 einsetzenden Erfolge der FPÖ

© 2002 by verlag irena regener berlin

waren daher auch auf dieser Ebene als Begleitphänomen anzusehen: Die Erfolgsserie der FPÖ wurde nicht von der Abweichung von der europäischen Norm provoziert, sondern er begleitet eine Annäherung an diese Norm.

| Partei | Mitgliederzahlen (in Tausend) | | | Organisationsgrad |
|---|---|---|---|---|
| | 1979 | 1990 | 1994 | 1994 |
| SPÖ | 721 | 675 | 513 | 32% |
| ÖVP (1) | 560 | 488 | 433 | 34% |
| FPÖ | 37 | 37 | 44 | 4% |
| (1) „Bereinigte" Mitgliederzahlen – unter Ausschaltung der (nur zu schätzenden) Zahl der Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften in den Teilorganisationen der ÖVP | | | | |

*Tabelle 2*: Entwicklung des Organisationsgrades der Parteien. *Quelle:* Pelinka 1998, 84.

Der Abschwung von SPÖ und ÖVP auf der Ebene der Wählenden fand eine Entsprechung auf der Ebene der Mitglieder. Der Aufschwung der FPÖ bei Wahlen stand jedoch in keinem erkennbaren Zusammenhang mit einem signifikanten Aufschwung der Zahl von FPÖ-Mitgliedern. Die Vervielfachung des Stimmenanteils der FPÖ wurde nur von einer minimalen Steigerung der Mitgliederzahl der FPÖ begleitet – der Organisationsgrad der FPÖ (definiert als die Relation von Mitgliedern und WählerInnen) ging dadurch signifikant zurück. Die wachsende Attraktivität war eine Folge- und Begleitphänomen der dramatischen Verschiebungen im politischen System – und nicht ihre Ursache.

Erst recht gilt dies für die österreichische Konkordanzdemokratie. Diese war, auf der Ebene der Parteien, bis 1966 auf einem – von der europäischen Norm deutlich abweichenden – Höhepunkt: Mehr als 20 Jahre regierten die beiden größten Parteien miteinander. Doch durch die offenkundige Popularität der diese Koalition tragenden Parteien mußte konsequenterweise eine der beiden – Folge des langfristigen, permanenten Stimmenzuwachses von ÖVP und SPÖ – eine dieser Parteien in den Genuss einer absoluten Parlamentsmehrheit kommen, trotz des in Österreich in der Verfassung verankerten Grundsatzes der Verhältniswahl. Die Serie von Wahlerfolgen der FPÖ, ab 1986, setzte 20 Jahre nach dem Ende der Großen Koalition ein. Die Wiederherstellung der Großen Koalition, im Jänner 1987, war daher nicht die Ursache für den Aufschwung der FPÖ – vielmehr war der Aufschwung der FPÖ insofern die Ursache für die Erneuerung der Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, als dies die einzige Variante parlamentarischer Mehrheitsbildung ohne die FPÖ war; und diese, nachdem Jörg Haider im September 1986 den Parteivorsitz übernommen hatte, für viele nicht (mehr) als regierungsfähig galt. (Pelinka 1993, 54 - 62)

## 3. Rahmenbedingungen der Gesellschaft

Die Besonderheiten des politischen Systems müssen im Zusammenhang mit den Besonderheiten der Gesellschaft gesehen werden. Diese Besonderheiten können vor allem in einem historischen Rückgriff festgestellt werden:

- Die österreichische Gesellschaft ist, im Vergleich mit Westeuropa, in ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung relativ verspätet.
- Die österreichische Gesellschaft ist, im europäischen Kontext, auch durch eine besonders volatile Entwicklung österreichischer Identität bestimmt.

Die Verspätung der österreichischen Gesellschaft äußerte sich im ökonomischen Bereich in der geringen Bedeutung von Marktwirtschaft und Liberalismus. Für die späte Phase der Habsburg-Monarchie prägte Roman Sandgruber den Begriff des „organisierten Kapitalismus": „Theoretisch stand der Staat noch auf dem Boden des Wirtschaftsliberalismus. Praktisch kam es zu einer engen machtpolitischen Verflechtung zwischen Industrieunternehmen, Banken, Unternehmerorganisationen und Staat auf der Ebene einer zunehmenden Bürokratisierung der Wirtschaft..." (Sandgruber 1995, 293) Diese Strukturmerkmale legten die Grundlage für den Austro-Korporatismus - „Sozialpartnerschaft" – nach 1945.

Teil dieser wirtschaftlichen Seite der österreichischen Entwicklung war die auch schon vor 1914 erkennbare Auslandsabhängigkeit. Obwohl eine Großmacht, war Österreich-Ungarn ökonomisch eher Peripherie als Zentrum – verflochten mit dominantem französischen Finanz- und deutschen sowie englischen Industriekapital. (Sandgruber 1995, 296 – 298)

Politisch kam die Verspätung Österreichs in der Verfassungsentwicklung zum Ausdruck. Bis 1867 wurde Österreich absolutistisch regiert. Erst nach der Niederlage der Monarchie im Krieg gegen Preussen und Italien, 1866, sah sich der Kaiser gezwungen, mit Ungarn einen „Ausgleich" zu suchen und seine absolutistische Herrschaft in einen Verfassungsstaat zu verwandeln. Und dieser Verfassungsstaat war durch einen unterentwickelten Parlamentarismus gekennzeichnet: Die Regierung war nicht dem Parlament, sondern nur dem Kaiser politisch verantwortlich. (Pelinka 1998, 9 – 14)

© 2002 by verlag irena regener berlin

Demokratie und Verfassung kamen nach Österreich nicht als Resultat einer (oder mehrerer) bürgerlicher Revolutionen. Demokratie und Verfassung kamen nach Österreich im Gefolge militärischer Niederlagen – und als Ergebnis eines Diktates von außen: Der Staatsvertrag von St. Germain schrieb Österreich demokratische Standards vor; und die Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit in Form der demokratischen Republik, 1945, war vor allem die Konsequenz des politischen Willens der Alliierten.

Die Verspätung von Ökonomie und Politik war mit der besonderen Entwicklung österreichischer Identität verbunden:

- Bis 1867 war Österreich (seit 1804 „Kaisertum Österreich") ein dynastischer Begriff, deckungsgleich mit den vom Haus Habsburg beherrschten Ländern.
- Von 1867 bis 1918 war Österreich der mit der „cisleithanischen", also der nicht ungarischen („transleithanischen") Reichshälfte verbundene Begriff der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn.
- Bis 1918 war Österreich jedenfalls ein übernationaler Begriff – als ein semantisches Dach, unter dem sich die verschiedensten Nationen („Nationalitäten") zusammenfanden. Die Deutschen waren die – relativ – größte dieser Nationalitäten; keine der Nationalitäten beanspruchte für sich, im nationalen Sinne „Österreich" zu sein.
- Von 1918 bis 1938, in der Ersten Republik, und in den Jahren des autoritären „Ständestaates", verstand sich Österreich als Restkategorie des 1918 untergegangenen Habsburger-Reiches und als „deutscher Staat" mit der prinzipiellen Option eines „Anschlusses" an das Deutsche Reich.
- Ab 1945, auch im Zusammenhang mit den sieben Jahren des realen Anschlusses an NS-Deutschland, entwickelte sich ein auf Österreich bezogenes Nationalbewusstsein, das sich von einer spezifisch „deutschen" Identität loslöste. (Haller 1996; Bruckmüller 1996; Kreissler 1984)

Innerhalb von etwa einem Jahrhundert war Österreich ein Begriff, unter denen eine Dynastie, eine transnationale Gemeinschaft, dann ein „zweiter deutscher Staat" und schließlich eine eigene Nation verstanden wurde. Daraus erklärt sich, dass der Begriff Österreich lange Zeit hindurch nicht die Emotionen und Loyalitäten bündeln konnte, die in einer nationalstaatlichen Ordnung dem Staat zukommt. Österreich war, jedenfalls bis 1938, nicht nur kein positives Bezugsobjekt nationaler Gefühle – es war geradezu Antithese zum Nationalismus.

Die Funktion politischer Mobilisierung konnte daher nicht oder nur in geringem Maße vom Staat, von Österreich, vorgenommen werden. Die im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung nach politischer Partizipation strebenden Kräfte wurden daher auch – gerade im deutschsprachigen Teil der Monarchie – weniger von der Nationalität und kaum vom Staat organisiert und mobilisiert; die dominanten Kräfte der politischen Organisation wurden gegen Ende des 19.Jahrhunderts die politisch-weltanschaulichen Lager. Sie erfüllten die Rolle einer Surrogat-Nation. Entlang bestimmter Konfliktlinien („cleavages") entstanden, rund um eine politische Partei, gesellschaftliche Subsysteme (Subgesellschaften), die gesamtgesellschaftliche Aufgaben – insbesondere im Bereich der Sozialisation – wahrnahmen. (Wandruszka 1954)

Das sozialistische und das katholisch-konservative Lager hatten, wegen der spezifischen Natur der sie bestimmenden Konfliktlinien „Klasse" und „Religion", geringere Probleme mit den Brüchen österreichischer Identität. Das deutschnationale Lager hatte hingegen a priori die nationale Identität in das Zentrum ihres Selbstverständnisses gerückt. Daher war ja auch die Partei, die 1938 – durch eine Mischung aus militärischem Druck von außen und politischer Destabilisierung von innen – 1938 den Anschluss an Deutschland erreichte, zur Partei des deutschnationalen Lagers geworden; kam es zur faktischen Deckungsgleichheit zwischen NSDAP und dem „dritten" Lager.

Eben deshalb hatte aber das deutschnationale Lager, als es sich 1949 in Form des Verbandes der Unabhängigen (VDU) und 1956 als FPÖ politisch neu organisierte, besondere Probleme der Integration in die Zweite Republik:

- Da der „Anschluss" an Deutschland politisch diskreditiert und auch als allgemeine Formel nicht mehr akzeptabel war, hatte das deutschnationale Lager eigentlich seine eigene Identität eingebüßt: Außer einer allgemeinen, unverbindlichen Betonung der Zugehörigkeit zu einer deutschen „Kulturgemeinschaft" konnte und wollte die FPÖ programmatisch ihren Wurzeln nicht mehr Rechnung tragen. (Berchtold 1967, insbesondere 484 - 512)
- Als Ersatz für die nicht mehr mögliche Formel vom „Anschluss" bot sich zunächst eine besonders abwehrende Politik gegenüber den nicht-deutschsprechenden Minderheiten an – insbesondere den Kärnter Slowenen. (Perchinig 1989). Im Zuge der Migration und der europäischen Integration kam dann Orientierung gegen Einwanderung und Migration hinzu.
- Durch die – programmatische – Vernachlässigung des traditionellen Deutschnationalismus konnte die FPÖ sich mit bestimmten Inhalten des Österreich-Patriotismus aussöhnen, der vor allem nach 1945 als Antithese zum Deutschnationalismus entstanden war. Die FPÖ wurde Österreich-patriotisch, ohne sich von ihren – etwa in der politischen Rekrutierung sehr deutlichen – deutschnationalen Wurzeln trennen zu müssen. (Pelinka 1998, 194 – 203)

© 2002 by verlag irena regener berlin

Diese „Versöhnung" zunächst – anscheinend – unversöhnlicher Positionen reflektiert die „Versöhnung" der beiden Rollen, die Österreich mit Bezug auf das NS-Regime zugeschrieben wurden und von Österreich auch in Anspruch genommen werden – die Rolle von „Opfern" des NS-Regimes und die Rolle von „Tätern" im NS-Regime.

Diese Ambivalenz der Selbst- und Fremdzuschreibungen beginnt formell mit der Moskauer Deklaration vom 1.November 1943. (Stourzh 1998, 11 – 28; Bischof 1999, 20 – 29) In dieser Erklärung sprechen die Alliierten Österreich einerseits die Rolle des „ersten Opfers" der Expansionspolitik des nationalsozialistischen Deutschland zu – andererseits geben sie aber Österreich auch eine Mitverantwortung am Angriffskrieg Deutschlands.

Diese auf den ersten Blick so widersprüchliche Doppelrolle hat ihren Hintergrund in den Ereignissen des März und April 1938 und der historischen Entwicklung, die zum international weitgehend anerkannten „Anschluss" führte: Die Kombination aus Freiwilligkeit, mit der ein Großteil der österreichischen Bevölkerung den „Anschluss" begrüßte, und aus massivem, völkerrechtswidrigen Druck von außen läßt ein eindeutiges Entweder – Oder auf die Frage nach einer österreichischen Opferrolle einfach nicht zu. Diese Ambivalenz hat ihre Konsequenzen in der Unabhängigkeitserklärung vom 27.April 1945 und in der darauf aufbauenden Politik der 2.Republik: Die „Opferrolle" wurde, außenpolitisch durchaus rational erklärbar, vor allem gegenüber den Alliierten hervorgekehrt; die Rolle des Mitverantwortlichen hingegen heruntergespielt. (Bischof 1999, insbesondere 52 - 77)

Dieses Betonen der Opferrolle nach außen und die bald darauf einsetzende Integration ehemaliger NationalsozialistInnen in das politische System provozierte aber den Eindruck eines politischen Opportunismus, der sowohl von „rechts" (insbesondere von der FPÖ), als auch (mit Verspätung) von einer neuen Generation von VetreterInnen der Geschichts- und Sozialwissenschaften heftig kritisiert wurde. (Zur Kritik von seiten der FPÖ: Czernin 2000, 13 – 56; als Beispiel wissenschaftlicher Kritik siehe insbesondere Knight 1988) Im Zuge der Debatte um Kurt Waldheim erhielt diese Ambivalenz auch eine internationale Dimension. (Mitten 1992)

Die FPÖ war an der Instrumentierung der österreichischen Opferrolle nach 1945 nicht beteiligt. Sie hatte daher auch keinerlei Probleme, auf Distanz zur 1945 und danach herrschenden Geschichtsdeutung zu gehen. Dadurch gewann die FPÖ einen doppelten Argumentationsvorteil einer doppelten Außenseiterpartei:

- Sie konnte für die große Zahl von ÖsterreicherInnen sprechen, für die 1938 nicht das Jahr einer fremden Besetzung und 1945 nicht das Jahr der Befreiung war.
- Sie konnte sich später auch als Partei profilieren, die sich von den politisch motivierten Interpretationen einer spezifisch österreichischen „political correctness" freigehalten hatte.

Die FPÖ konnte so aus den Brüchen der österreichischen Geschichte, aus der Fragmentierung österreichischer Identität, einen 1945 zunächst deutlichen Startnachteil in einen Vorteil im politischen Wettbewerb verwandeln. Sie wurde zu der Partei, die das offen auszusprechen schien, was den beiden anderen Traditionsparteien – SPÖ und ÖVP – verwehrt erschien.

## 4. „Postmodernismus" und die Brechung der Loyalitäten

Die Entwicklung der österreichischen Politik und der österreichischen Gesellschaft, die den Aufschwung der FPÖ so wesentlich begünstigte, war vom Wegfall des „langen Schatten des Staates" bestimmt. Ernst Hanisch erklärte Österreichs Besonderheiten mit der These, „dass sich in Österreich eine besonders starke staatlich-bürokratische Tradition entfaltet hat, dass Modernisierungen häufig von oben ausgehen, dass sich die ‚bürgerliche Gesellschaft' nie so recht vom Staat freispielen kann." (Hanisch 1994, 15)

Diese – historische – Besonderheit ist durch eine andere, ebenfalls historische, zu ergänzen: Der Staat Österreich war bis 1945 nicht im Einklang, sondern im Widerspruch zum herrschenden Gefühl nationaler Identität entstanden und implementiert. Erst ab 1945 kann von einer schrittweisen Aussöhnung zwischen Staat und Nation gesprochen werden. (Heer 1981, Kreissler 1984, Bruckmüller 1996)

Diese Aussöhnung setzte aber gesellschaftliche Energien frei, die sich gegen die Politikmuster richteten, die – durch die Stabilisierung von Politik und Ökonomie – diese Aussöhnung erst ermöglicht hatten: gegen den von SPÖ und ÖVP verkörperten, überentwickelten Parteienstaat; gegen die vor allem von den „Sozialpartnern" bestimmte Konkordanzdemokratie. Diese freigesetzten Energien kamen sekundär Parteien neuen Typs zugute – den Grünen, phasenweise auch dem LIF. Vor allem aber war die FPÖ, die sich – obwohl Traditionspartei – den Anstrich einer Partei neuen Typs zu geben verstand.

Bei ihren Erfolgen kam der FPÖ zugute, dass sie einerseits auf ein kleines, aber intaktes „Milieu" des dritten, des deutschnationalen Lagers zurückgreifen konnte – auf die studentischen Verbindungen und die anderen Verbände des österreichischen Deutschnationalismus und seiner Medien. (Gärtner 1996; Bailer-Galanda, Neugebauer 1997; Scharsach

© 2002 by verlag irena regener berlin

2000) Andererseits aber vermochte die FPÖ, durch die Geschichte ihres – relativen – Außenseiterdaseins nach 1945, die Rolle einer quasi neuen, eben einer rechtspopulistischen Partei zu übernehmen. Der FPÖ gelang ein Balance-Akt zwischen „insider"- und „outsider"-Rolle – eine Widersprüchlichkeit, deren Erfolg den Beginn einer „postmodernen" Entwicklungsphase der österreichischen Gesellschaft anzeigt. (Preglau/Richter 1998; Preglau 2001)

Die FPÖ ist, in der Struktur der sie Wählenden, zu einer Partei geworden, die anders als die beiden anderen traditionellen Parteien die traditionellen „cleavages" (vor allem Klasse) zu überwinden versteht; und die auch besser als die anderen Parteien die „cleavages" des neuen Typs (vor allem Generation) überbrücken kann: mit einer bemerkenswerten Ausnahme, der Konfliktlinie Geschlecht.

Die FPÖ ist innerhalb von 15 Jahren von einer „bürgerlichen" Kleinpartei zu einer proletarischen Mittelpartei geworden.

| | 1978 | 1986 | 1990 | 1994 | 1995 | 1999 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Männer | 54 | 61 | 60 | 60 | 62 | 62 |
| Frauen | 46 | 39 | 40 | 40 | 38 | 38 |

*Tabelle 3*: Strukturprofil der FPÖ-Wählerschaft (Anteile von 100 FPÖ-WählerInnen). *Quelle:* Plasser, Ulram 2000, 231.

| | SPÖ | ÖVP | FPÖ | Grüne | LIF |
|---|---|---|---|---|---|
| Bildung: | | | | | |
| Ohne höhere Bildung | 37 | 24 | 29 | 3 | 2 |
| Mit höherer Bildung (1) | 27 | 30 | 22 | 13 | 4 |
| Religion: (Katholiken) (2) | | | | | |
| Regelmäßige Kirchgänger | 20 | 59 | 13 | 4 | 1 |
| Kirchenferne (passive) Katholiken | 34 | 22 | 30 | 7 | 3 |
| Gewerkschaftsmitgliedschaft: | | | | | |
| Mitglieder | 49 | 19 | 21 | 6 | 2 |
| Keine Mitglieder | 24 | 30 | 30 | 8 | 4 |

(1): Höhere Bildung definiert als Abschluss einer höheren Schule
(2): Bezogen nur auf das religiöse Verhalten von KatholikInnen – ca. 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung und mehr als 90 Prozent aller, die in Österreich einer Religionsgemeinschaft angehören
Die Zeilensummen liegen wegen der keiner Partei zuzuordnenden Befragten unter 100 Prozent.

*Tabelle 4*: Cleavages im österreichischen Wahlverhalten, 1999 (Anteile an 100 WählerInnen der einzelnen Kategorien). Quelle: Plasser, Ulram 2000, 233.

| 1986 | 1990 | 1994 | 1995 | 1999 |
|---|---|---|---|---|
| 10 | 21 | 29 | 34 | 47 |

*Tabelle 5*: Stimmenanteile der FPÖ unter ArbeiterInnen (Anteile an 100 Stimmen dieser Kategorie). *Quelle:* Plasser, Ulram 2000, 232.

Die FPÖ hat in ihrer Aufschwungphase somit vor allem besonders erfolgreich Menschen mit folgenden Merkmalen angesprochen:

- Männer
- Jüngere Menschen
- Menschen ohne höhere Bildung
- Arbeiter
- Menschen ohne Bindung an Gewerkschaften

© 2002 by verlag irena regener berlin

- Menschen ohne intensive kirchliche Bindung

Zieht man diese Merkmale für einen Vergleich mit den allgemeinen gesellschaftlichen Trends heran, so zeigt sich, dass die FPÖ in zwei Kategorien besonders erfolgreich ist, die gesellschaftlich eher im Rückzug begriffen sind: Menschen ohne höhere Bildung und Menschen mit einem Arbeiterberuf. Dass gleichzeitig die FPÖ vor allem jüngere Männer ohne gewerkschaftliche und ohne kirchliche Bindung besonders anspricht, deutet darauf hin, dass die FPÖ vor allem diejenigen erreicht, die einerseits durch die Auflösung der Bindungen an die politisch-weltanschaulichen Lager politisch freigesetzt sind, die aber andererseits sich nicht unter dem Schutz von Gewerkschaften oder innerhalb eines kirchlichen Milieus empfinden.

Die für den Aufstieg der FPÖ entscheidende Wähler-Klientel ist vor allem dadurch charakterisiert, dass die FPÖ-Wählenden gute Gründe haben, sich gefährdet zu sehen. Sie drücken eine postmoderne Mobilität politischen Verhaltens aus – hinter der aber nicht die Lust an der gesellschaftlichen Mobilität, sondern das angstvolle Zurückweichen vor dieser Beweglichkeit.

Diese eher jungen Wählerinnen und Wähler, die – im Zusammenhang mit ihrer relativ schlechten Ausbildung – Grund haben, ihre persönliche Zukunft eher pessimistisch zu sehen, erfahren nicht mehr – wie das eine Generation davor noch erwarten konnte, dass der überstarke Parteienstaat und die Konkordanzdemokratie, dass das hyperstabile politische System sich als Sicherheitsnetz anbietet. Die in den 80er Jahren einsetzende Privatisierung, der Rückgang politischer Gestaltungsmacht und der – anscheinend unaufhaltsame – Siegeszug der Marktwirtschaft signalisieren das Ende des alten, elitengesteuerten Politikmusters. Die traditionellen Eliten haben an Politikfähigkeit verloren – mit der Konsequenz, dass die Gefolgschaft das Vertrauen in die Eliten verloren hat.

Die Mobilisierung anhand der alten „cleavages" Klasse und Religion ist kaum noch möglich. Die Mobilisierung der FPÖ erfolgt anhand der Konfliktlinie Modernisierung: Die FPÖ spricht vor allem diejenigen an, die - aus grundsätzlich nachvollziehbaren Gründen – die real ablaufende Modernisierung als gegen sich gerichtet empfinden: Bildung ist der auffallendste Faktor, der die Modernisierungsgewinner von den Verlierern unterscheidet – Bildung als die Summe signifikant höherer, materieller wie auch immaterieller Lebenschancen. Der Fremde oder das Fremde – personalisiert in Form der „Ausländer" – ist das Stichwort, das die Ängste der Modernisierungsverlierer abruft und politisch nutzbar macht.

Die Modernisierungsverlierer sind vor allem im „nicht geschützten" Sektor der Privatwirtschaft angesiedelt. Im „geschützten", im öffentlichen Sektor ist daher die FPÖ auffallend unterrepräsentiert.

| | SPÖ | ÖVP | FPÖ | Grüne | LIF |
|---|---|---|---|---|---|
| Beschäftigte | | | | | |
| in der Privatwirtschaft | 36 | 20 | 31 | 7 | 4 |
| im öffentlichen Sektor | 36 | 29 | 21 | 9 | 3 |
| Die Zeilensummen liegen wegen der keiner Partei zuzuordnenden Befragten unter 100 Prozent. | | | | | |

*Tabelle 6*: Cleavages im österreichischen Wählerverhalten, 1999 (Anteile an 100 WählerInnen der Kategorien). *Quelle*: Plasser, Ulram 2000, 233.

Die FPÖ ist, in ihrer Erfolgsphase seit 1986, eine Partei jenseits von Klasse und Nation und Religion. Gleichzeitig mobilisiert sie aber in einer postmodernen Form exakt entlang dieser „cleavages" – freilich in einer neuen, nicht dem Mobilisierungsmuster der Lager entsprechenden Form:

- Hinter den Ängsten der Modernisierungsverlierer steht, ausgedrückt im Bildungsprofil der FPÖ-Wählenden, der Faktor Klasse – durchaus auch im Sinne von Proletariat.
- Hinter diesem Faktor wird aber auch der Faktor Religion und der Faktor Nation sichtbar – im Sinne von Affekten gegen „Fremde", die sich auch durch rassistische, revisionistische, die „Volksgemeinschaft" betonende und antiislamische Rhetorik ausdrückt. (Czernin 2000, 72 – 97; Scharsach, Kuch 2000, insbesondere 56 - 108; Preglau 2001, insbesondere 206 f.)

Der FPÖ ist es gelungen, den Protest gegen Europäisierung und Internationalisierung zu artikulieren: Die Opposition gegen Österreichs EU-Beitritt, gegen Österreichs Teilnahme an der Europäischen Währungsunion und an der „Ost"-Erweiterung der EU drücken diese Haltung aus. (Scharsach, Kuch 2000, 281 – 286) Die FPÖ hat es zustande gebracht, das alte Mobilisierungsmuster der politisch-weltanschaulichen Lager zu überwinden – und durch ein postmodernes Amalgam „Mehrfachcodierung", „Auflösung des Kanons", „Ironische Wertunterminierung", „hyperreale Skandalisierung" und „Karnevalisierung" zu ersetzen. (Preglau 2001, 196 – 200)

© 2002 by verlag irena regener berlin

Die FPÖ hat die Enge des deutschnationalen Lagers hinter sich gelassen; sie hat sich (scheinbar, anscheinend) mit der ohne dieses, eigentlich gegen dieses – ihr – Lager nach 1945 entwickelten österreichische Identität ausgesöhnt, ohne sich von ihren deutschnationalen Wurzeln wirklich zu lösen. Sie hat ihren Aufstieg von einer Kleinpartei mit mühsam erworbener Bündnisfähigkeit zur großen Mittelpartei zunächst mit dem Verlust dieser Bündnisfähigkeit bezahlt – und diese aber 2000, durch das Angebot der ÖVP, wieder zurückerhalten. Sie ist als Partei des Protestes gegen die „Altparteien", gegen das „System", gegen die vom sozialistischen und katholisch-konservativen Lager getragene Nachkriegsordnung groß geworden. Doch letztlich drückt sie die Ängste derer aus, die sich von der Auflösung der Lager und der Lagerkultur bedroht fühlen: Sie spricht für diejenigen, die sich – aus durchaus nachvollziehbaren Gründen – als Verlierer der Entwicklung sehen, die der FPÖ genützt hat und die von der FPÖ auch vorangetrieben wurde.

Die FPÖ ist die Betreiberin und die Nutznießerin einer „Wende" genannten Veränderung – und bietet denen eine Plattform, die Opfer dieser „Wende" zu werden drohen.

*Literatur*

Bailer-Galanda, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1997). Haider und die „Freiheitlichen" in Österreich. Berlin: Elefanten.

Berchtold, Klaus (ed.) (1967). Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Betz, Hans-Georg (1994). Radical Right-Wing Populism in Western Europe. London: Mac Millan.

Bischof, Günter (1999). Austria in the First Cold War, 1945 – 1955. The Leverage of the Weak. London: Mac Millan.

Bischof, Günter; Pelinka, Anton (eds.) (1996). Austro-Corporatism. Past, Present, Future. Contemporary Austrian Studies, Vol.4. New Brunswick (NJ): Transaction.

Bruckmüller, Ernst (1996). Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftliche Prozesse. Wien: Signum.

Crepaz, Markus M. L.; Betz, Hans-Georg (2000). Postindustrial Cleavages and Electoral Changes in an Advanced Capitalist Democracy: The Austrian Case. In: Bischof, Günter; Pelinka, Anton; Stiefel, Dieter (eds.). The Marshall Plan in Austria. Contemporary Austrian Studies, Vol. 8. New Brunswick (NJ): Transactin, 506 – 532.

Czernin, Hubertus (ed.) (2000). „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige." Haider, beim Wort genommen. Wien: Czernin.

Gärtner, Reinhold (1996). Die ordentlichen Rechten. Die ‚Aula', die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus. Wien: Picus.

Haller, Max (1996). Identität und Nationalstolz der Österreicher. Gesellschaftliche Ursachen und Funktionen. Herausbildung und Transformation seit 1945. Internationaler Vergleich. Wien: Böhlau.

Hanisch, Ernst (1994). Hanisch: Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20.Jahrhundert. Wien: Ueberreuter.

Heer, Friedrich (1981). Der Kampf um die österreichische Identität. Wien: Böhlau.

Karlhofer, Tálos (1996). Sozialpartnerschaft und EU. Integrationsdynamik und Handlungsrahmen der österreichischen Sozialpartnerschaft. Wien: Signum.

Knight, Robert (1988). „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen." Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung über die Entschädigung der Juden. Wien: Amalthea.

Kopeinig, Margaretha; Kotanko, Christoph (2000). Eine europäische Affäre. Der Weisen-Bericht und die Sanktionen gegen Österreich. Wien: Czernin.

Kreissler, Felix (1984). Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen. Wien: Böhlau.

Lehmbruch, Gerhard (1967). Proporzdemokratie. Politisches System und Politische Kultur in der Schwiz und in Österreich. Tübingen: Mohr.

Lijphart, Arend (1977). Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration. New Haven: Yale University Press.

Mitten, Richard (1992). The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria. Boulder (CO): Westview.

Pelinka, Anton (1993). Die Kleine Koalition. SPÖ – FPÖ. 1983 – 1986. Wien: Böhlau.

Pelinka, Anton (1998). Austria. Out of the Shadow of the Past. Boulder (CO): Westview.

Perchinig, Bernhard (1989). "Wir sind Kärntner und damit hat sich's...." Deutschnationalismus und politische Kultur in Kärnten. Klagenfurt / Celovec: Drava.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2000). Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (eds.), 2000. Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum, 225 – 242.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (eds.) (2000). Das österreichische Wahlverhalten. Wien: Signum.

© 2002 by verlag irena regener berlin

Preglau, Max; Richter, Rudolf (eds:) (1998). Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur: Signum.

Preglau, Max (2001). Rechtsextrem oder postmodern? Ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ. *SWS-Rundschau* 2/2001, 193 – 213.

Reinfeldt, Sebastian (2000). Nicht – wir und Die da. Studien zum rechten Populismus. Wien: Braumüller.

Sandgruber, Roman (1995). Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter.

Scharsach, Hans-Henning (ed.) (2000). Haider. Österreich und die rechte Versuchung. Reinbek: Rowohlt.

Scharsach, Hans-Henning; Kuch, Kurt (2000). Haider: Schatten über Europa. Köln: Kiepenheuer und Witsch.

Stourzh, Gerald (1998). Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besatzung Österreichs 1945 – 1955. Wien: Böhlau.

Wandruszka, Adam (1954). Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (ed.). Geschichte der Republik Österreich. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 291 – 485.

Wodak, Ruth; Pelinka, Anton (eds.) (2001). The Haider-Phenomenon. New Brunswick (NJ): Transaction.

*Zum Autor*: Anton Pelinka, seit 1975 Professor für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck. Seit 1990 Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung, Wien. Schwerpunkte: Politisches System Österreichs, Demokratietheorie, Vergleich politischer Systeme. Veröffentlichungen u.a.: „Austria: Out of the Shadow of the Past" (Boulder: Westview, 1998); "Österreichische Politik" (gemeinsam mit Sieglinde Rosenberger, Wien: Boehlau, 2000).

*Adresse*: Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck (www.uibk.ac.at), Universitätsstraße 15, A 6020 Innsbruck. e-mail: anton.pelinka@uibk.ac.at